

# BESCHLUSS

---

des Präsidiums der FDP, Berlin, 6. September 2005

---

**Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 6. September 2005 beschlossen:**

## **Kontinuität, Prinzipien und neue Herausforderungen für liberale Außenpolitik**

Libérale Außenpolitik ist werteorientiert. Sie orientiert sich an Freiheit, an Menschenrechten, an Demokratie und am Rechtsstaat. Sie ist, zusammen mit einer sozialen Marktwirtschaft, die erst die Voraussetzungen dafür schafft, Menschen auf dieser Welt, die der Hilfe bedürfen, auch helfen zu können, Voraussetzung für Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Aufklärerische Interessen- und freiheitliche Werteorientierung sind und bleiben die Bezugspunkte liberaler Außenpolitik. Die verfassungsmäßigen Prinzipien, die auch unser sonstiges politisches Handeln bestimmen, gelten auch für die Außenpolitik.

Libérale Außenpolitik ist von einer Ethik der Verantwortung getragen. Sie ist eine Außenpolitik mit Engagement, mit Überzeugung, aber auch mit Realismus. Verantwortung liegt immer in der richtigen Balance zwischen Macht und Ethik, nationalem Handlungsspielraum und globalen Verpflichtungen.

Wichtig ist das Vertrauen der anderen in uns. Deutschland soll sich nicht größer machen, als es ist, aber auch nicht kleiner. Liberale Außenpolitik steht für Multilateralismus, die Einbettung Deutschlands in Europa und in die transatlantische Partnerschaft. Kooperation und Integration gehören zum Charakter liberaler Außenpolitik.

Diese Kultur der liberalen Außenpolitik hat eine 30jährige Geschichte: Sie begann mit Walter Scheel und der neuen Deutschland- und Ostpolitik, gerichtet auf die Herstellung der Deutschen Einheit durch Überwindung der Trennung Europas im friedlichen Wandel. Sie setzte sich fort mit Hans-Dietrich Genscher und dem Helsinki-Prozeß und der Einbettung der Deutschen Einheit in den Zwei-Plus-Vier-Vertrag. Die liberale Außenpolitik hat den friedlichen Wandel gesucht und sich ihm gestellt. Sie hat sich neuen Aufgaben in internationaler Verantwortung Deutschlands mit Klaus Kinkel gewidmet, als die alte bipolare Welt zu Ende gegangen war. Außenpolitik hat Kontinuitätslinien, aber immer ist auch die Kraft der einzelnen Persönlichkeit und ihr Ansehen mit verantwortlich für das Vertrauen der anderen in uns.

Rot-Grün hat an manchen Traditionslinien festgehalten, aber auch manches schleifen lassen. Die transatlantische Freundschaft ist beeinträchtigt, die europäische Integration in der Krise, die kleinen und mittleren EU-Partner sind irritiert, die UN-Reform droht im Sand zu verlaufen, die menschenrechtspolitische Glaubwürdigkeit läßt zu wünschen übrig. All das gilt es, nach einem Regierungswechsel durch

Rückbesinnung auf bewährte Stärken und Prinzipien zu beheben. Politik handelt schließlich nicht nur vom Managen des Status quo, sondern auch von Veränderungen. Deshalb gelten neben dem Grundsatz der Kontinuität notwendigerweise auch neue Schwerpunktsetzungen.

### **1. Deutschland muß transatlantisch orientiert bleiben!**

Europa und Amerika haben gemeinsame Interessen und ein gemeinsame Werte. Sie sind mit Abstand die wichtigsten Akteure in der Weltwirtschaft und im Weltwährungssystem. Im Zeichen von Globalisierung nicht nur von Handel und Information, sondern auch von Sicherheitsrisiken ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen diesen beiden wichtigen Akteuren der Weltpolitik unerlässlich. Ihre gemeinsamen ökonomischen und politischen Potentiale sind überragend. Es gibt zum transatlantischen Bündnis keine geostrategische Alternative.

Kritikpunkte im transatlantischen Verhältnis wie der Irak-Krieg ohne klares UN-Mandat, die Mißhandlungen in Abu Ghraib, die menschenrechtsunwürdige Situation in Guantanamo, die Nicht-Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs müssen offen angesprochen und besprochen werden - aber eben unter Freunden, und nicht durch Abwendung von den USA.

Deutschland braucht wie kein anderes Land beides: eine handlungsfähige Europäische Union und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten. Die Europäische Integration ist für uns kein Gegengewicht gegen die USA. Es geht im Transatlantischen Bündnis um mehr Europa.

Rot/Grün hat für die transatlantischen Beziehungen nach den Differenzen über den Irakkrieg trotz aller „Klimmzüge“ keinen erfolgversprechenden Ansatz mehr gefunden. Dabei gibt es genügend gemeinsame Aufgaben: die Zusammenarbeit in der NATO, die Atomverhandlungen mit dem Iran oder die Hilfe bei der Konfliktlösung zwischen Israel und Palästina, die ganz eindeutig auch der deutschen politischen Verpflichtung des Eintretens für das Existenzrechts Israels entspricht und zugleich das friedliche Nebeneinander mit einem palästinensischen Staat ermöglichen soll. Der Wiederaufbau im Irak, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus kommen hinzu. Dabei reicht es nicht, Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um in der Nachsorge zu arbeiten. Die Herausforderungen liegen in der Konfliktprävention, sie erfordern gemeinsame Entscheidungsfindung und gemeinsames strategisches Vorgehen möglichst von Beginn an. Der transatlantische Dialog muß revitalisiert werden. Er setzt im übrigen zunächst europäische Abstimmung voraus, die nicht immer unternommen worden ist.

### **2. Europa muß Gestalt gewinnen**

Wichtig ist und bleibt unsere Einbettung in Europa. Die EU ist Garant ist für Frieden und Freundschaft unter den europäischen Völkern. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist dabei wichtiger Baustein und notwendige Voraussetzung für jeden Integrationsfortschritt. Wir brauchen die Integration auch, weil als Exportnation unser Wohlstand davon abhängt. Trotzdem ist ein „Weiter so“ heute keine Option. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger wieder neu von Europa überzeugen; die Menschen werden die Europäische Idee nur akzeptieren, wenn weniger Bürokratie aus Brüssel kommt.

Das Verfassungsprojekt geht in die richtige Richtung, die EU demokratischer und bürgernäher zu machen. Sollte sich endgültig herausstellen, daß der

Verfassungsvertrag in der vorliegenden Form keine Chance auf Ratifizierung mehr hat, dürfte ein „zweiter Anlauf“ dann größere Chancen auf Erfolg haben, wenn der bisherige Text um die komplizierten vertragsrechtlichen Teile – insbesondere zu den Gemeinschaftspolitiken – entschlackt und auf einen schlanken, verständlichen und auf den verfassungsrechtlichen Kern konzentrierten Text reduziert wird. Dazu sollte dann auch in Deutschland ein Volksentscheid stattfinden.

Fast die Hälfte des EU-Budgets für die Landwirtschaft – so ist den Bürgern ein zukunftsgerichtetes Europa nicht mehr zu vermitteln. Wenn die Zusagen für die Landwirte eingehalten werden sollen - und das wollen wir - ist eine nationale Ko-Finanzierung in Betracht zu ziehen. Nur dann können die EU-Mittel für gemeinsame Zukunftsaufgaben, für Wissenschaft und Forschung, kurzum für Innovation, verwendet und der britische Rabatt zurückgeführt werden.

Die Transformationsländer in Südost- und in Osteuropa brauchen die Europa-Perspektive, um Spannungen zu überwinden und die schwierigen Reformprozesse einzuleiten. Es bedarf großer Kreativität, Ernsthaftigkeit und Überzeugungsarbeit und beträchtlichen Verhandlungsgeschicks, um konkrete Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten anzubieten, die von den Beteiligten auch als ernsthafte Alternative zur Vollmitgliedschaft empfunden werden. Die Europäische Union muß eine wirkliche Nachbarschaftspolitik entwickeln, weil sie sich nicht überdehnen kann, sie darf sich nicht ausschließlich auf Vollmitgliedschaften fokussieren.

Die Verhandlungen mit der Türkei müssen wirklich ergebnisoffen geführt werden. Gegenwärtig ist weder die EU aufnahmefähig, noch ist die Türkei beitragsfähig. Im übrigen erwarten wir von der Türkei das, was die Kommission gefordert hat: Die Türkei muß klarstellen, daß sie wirklich alle Mitglieder der EU anerkennen wird.

Deutschland muß wieder deutlicher Anwalt und vertrauensvoller Partner gerade der kleinen und mittleren EU-Länder werden. Rot/Grün hat das durch das Gerede über eine „Achsen-Bildung“ Paris-Berlin-Moskau, durch anti-amerikanische Begleittöne und durch unglückliches Handeln des deutsch-französischen Tandems vernachlässigt.

### **3. Menschenrechte beachten, Transformationsprozesse stützen.**

Diejenigen, die in Freiheit leben, haben eine besondere Verpflichtung gegenüber den Menschen, die nicht frei sind. Im Koalitionsvertrag von Rot-Grün steht, daß Menschenrechte Leitlinien für die gesamte internationale Politik der Bundesregierung sind. Aber nur dort, wo es nicht weh tut, werden sie eingefordert, etwa gegenüber Simbabwe sowie auf internationalen Workshops. Dort, wo geopolitische und wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen, werden sie zurückhaltend bewertet. Für liberale Außenpolitik gilt, daß Menschenrechte ebenso universell wie unteilbar sind. Gerade in Zeiten der Globalisierung sind Freiheit der Bürger und Freiheit der Märkte zwei Seiten derselben Medaille. Menschenrechtsschutz liegt auch im wohlverstandenen Interesse global agierender deutscher Unternehmen. Liberale Außenpolitik hat in der Vergangenheit durch Engagement für Menschenrechte Vertrauen aufgebaut. Dabei bleibt es. Unsere Politik muß sich der grenzüberschreitenden Förderung von Werten verpflichtet fühlen, die die normative Basis unseres eigenen Staatswesens ausmachen.

Liberale Außenpolitik sieht Rußland als großen, wichtigen Nachbarn. Rußland ist und bleibt für uns ein Land, mit dem wir freundschaftlich verbunden sein möchten. Unsere Politik zielt mit ausgestreckter Hand und offenem Meinungs austausch auf eine

Förderung der Transformationsprozesse und eine Stärkung der russischen Zivilgesellschaft. Zur Freiheit gehört nicht nur die ökonomische, sondern auch die gesellschaftliche Freiheit untrennbar hinzu .

Dasselbe gilt gegenüber China. Wir wollen, daß sich das Land weiter öffnet und stützen alle Bemühungen dazu. Wir halten es allerdings für falsch, jetzt das EU-Waffenembargo aufzuheben. Bundeskanzler Schröder hat völlig verkannt, daß es nicht um ein deutsch- chinesisches, sondern um ein euro-amerikanisches Thema geht.

#### **4. UNO stärken, Globalisierung gestalten und Entwicklungszusammenarbeit erfolgreicher machen**

Die Handlungsfähigkeit und die Legitimität der UNO als der Kernstruktur von "global governance" müssen gestärkt werden. Die Vereinten Nationen sind die Organisation, die für internationale Krisenbewältigung Legitimität spendet. Dabei geht für die FDP das Interesse an einer erfolgreichen UN-Reform eindeutig vor einer monothematischen Verengung auf die Erlangung eines Ständigen Sitzes im Sicherheitsrat. So muß etwa die Menschenrechtskommission endlich zu einem glaubwürdigen und handlungsfähigen Gremium umgestaltet werden. Konfliktprävention, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge müssen gestärkt werden. Es geht vor allem darum, Hunger und Krankheiten zu bekämpfen, Staatsversagen zu verhindern und Nachkriegsgesellschaften zu konsolidieren. Eine neue Zusammensetzung des Sicherheitsrats kann und sollte der Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen Nachdruck verleihen und den weltweiten Veränderungen Rechnung tragen. Schon deshalb streben wir weiterhin einen Sitz für die EU an. Ein deutscher Sitz ist die zweitbeste Lösung. Er sollte im übrigen treuhänderisch für die Europäische Union wahrgenommen werden.

Die Globalisierung macht die Schaffung eines globalen Ordnungsrahmens mit belastbaren Strukturen noch dringlicher. Die Erosion nationaler Gestaltungsmöglichkeiten durch die Globalisierung muß durch eine Weltzivilgesellschaft und durch überregionale und globale Ordnungspolitik aufgefangen werden. Wir brauchen ein System globaler Gewaltenteilung, mit einer Stärkung auch des legislativen und des judikativen Multilateralismus und dabei vor allem einem Ausbau internationaler Gerichtsbarkeit.

Die Globalisierung hat durch mehr Transparenz, durch Reformen, durch die Herstellung von Rechtssicherheit und durch die Öffnung der Märkte und die Durchlässigkeit der Grenzen für viele Länder außerordentliche Wohlstandszuwächse gebracht. Die ansteckende Wirkung des Freiheitsgedankens, der heute viele Völker weltweit erfaßt hat, ist auch ein Resultat der Globalisierung. Wenn wir die Globalisierung nicht als Bedrohung empfinden, sondern sie aktiv gestalten, können wir die damit verbundenen Chancen weltweit noch besser nutzen.

Nach vier gescheiterten Entwicklungsdekaden darf Erfolg oder Mißerfolg der Entwicklungshilfe nicht ausschließlich an einem BSP-Prozentsatz gemessen werden. Die rot-grüne Entwicklungspolitik setzt keine neuen Impulse. Statt einer kohärenten Arbeitsteilung zwischen Weltbank, regionalen Entwicklungsbanken, EU und Geberländern gilt das „Gießkannen-Prinzip“, mit über 120 Empfängerländern deutscher Entwicklungshilfe. Notwendig werden bessere Abstimmungen, vor allem innerhalb der Europäischen Union. Es geht nicht nur um Geld. Die Erfahrung zeigt: Reine Finanztransfers führen zu Abhängigkeit und blockieren Entwicklung. Gefragt sind

innovative Konzepte, mit denen die Eigenständigkeit der Partner gefördert und gefordert wird. Entwicklungshilfe darf sich nicht in Weltsozialhilfe erschöpfen. Es geht auch um Reformprozesse. „Good Governance“ bleibt die entscheidende Voraussetzung für Entwicklungschancen. Die Öffnung der Märkte der Industrieländer für die Produkte der Entwicklungsländer wäre erheblich wirkungsvoller als ihre gesamte Entwicklungshilfe.

### **5. Internationale Verantwortung mit Maß und Ziel**

Deutschland trägt 15 Jahre nach der Wiedervereinigung international mehr Verantwortung. Wir dürfen uns dem nicht verweigern - aber uns auch nicht übernehmen. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben zugenommen, und die multilateralen Anforderungen werden weiter steigen. Es geht um die Schaffung von Zuständen struktureller Stabilität an Brennpunkten. Es geht um unsere Sicherheitsinteressen, um unsere besondere Verantwortung für Frieden und Menschenrechte und unser aktives Bekenntnis zum Multilateralismus und zur Stärkung der UNO. Die Bundeswehr ist zudem eine gute Visitenkarte für Deutschland.

Die Soldaten können der Politik helfen, ersetzen können sie diese nicht. Der eigentliche Erfolg einer Friedensmission, wie in Afghanistan oder auf dem Balkan, liegt nicht in einer vorübergehenden Konfliktberuhigung oder in internationalem anerkennendem Schulterklopfen, sondern ist erst dann erreicht, wenn ein Einsatz nach erfolgter politischer Stabilisierung auch einmal wieder beendet werden kann. Deutsche Soldaten in gefährliche Auslandseinsätze zu schicken, das ist kein Prestige-Objekt und kein Politik-Ersatz, sondern eine Last, die es aus Verantwortungsbewußtsein dann (aber nur dann) zu tragen gilt, wenn es anders nicht geht. Eine Kultur der Zurückhaltung ist und bleibt die angemessene und verantwortungsbewußte Haltung. Sie findet ihre Entsprechung in parlamentarischer Kontrolle und Mandatserteilung.